



**Der Magistrat  
STADT GROSS-UMSTADT**

**Groß-Umstadt, den 30.05.2012**

## **Niederschrift**

### **11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 10.05.2012**

#### **Anwesend:**

##### **Stadtverordnetenvorsteher**

Herr Karl Dörr

##### **Stadtverordnete/r**

Frau Jutta Burghardt  
Herr Gerhard Dubrau  
Herr Jürgen Effenberger  
Frau Katja Fischer  
Frau Marina Glorius  
Herr Christian Gradl  
Frau Karin Hartmann  
Herr Martin Kleine  
Herr Matthias Kreh  
Herr Christian Kubela  
Herr Karlheinz Müller  
Herr Dieter Ohl  
Herr Oliver Schröbel  
Herr Dr. Jens Zimmermann  
Herr Michael Engels  
Herr Heiko Handschuh  
Herr Harry Heb  
Herr Norbert Knöll  
Herr Dr. Jochen Ohl  
Herr Alexander Pfau  
Herr Peter Sekyra  
Herr Karl Werner Storck  
Herr Dr. Peter Ditter  
Herr Ernst-Ludwig Döring  
Herr Klaus Scheuermann  
Herr Werner Eckhardt  
Herr Christian Flöter  
Herr Hans-Günter Göring  
Herr Karl-Heinz Jung

Frau Christiane Roelle  
Herr René Stieme  
Herr Dr. Fritz Roth

**Bürgermeister**

Herr Joachim Ruppert

**Erster Stadtrat**

Herr Diethard Kerkau

**Magistrat**

Herr Dr. Klaus Dummel  
Herr Horst Engelhardt  
Herr Richard Fikar  
Frau Renate Filip  
Herr Alois Macht  
Frau Ursula Münch  
Herr Reinhold Ritter

**Seniorenbeiratsvorsitzender**

Herr Michael Dahrendorf

**Schriftführerin**

Frau Selina Funck  
Frau Doris Mahler

**Nicht anwesend:**

**Stadtverordnete/r**

Herr Andre Leers	entschuldigt
Herr Sven Blümlein	entschuldigt
Herr Karl-Heinz Dührig	entschuldigt
Herr Mathias Horn	entschuldigt

**Magistrat**

Herr Wilhelm Adams	entschuldigt
--------------------	--------------

**Ausländerbeiratsvorsitzende**

Frau Aysel Torun	entschuldigt
------------------	--------------

Beginn der Sitzung:	20:00 Uhr
Ende der Sitzung:	22:20 Uhr

# Tagesordnung:

## **11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2012**

### Teil A

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen des Magistrates
6. Satzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB (Außenbereichssatzung)  
"semmehof" im Stadtteil Umstadt
- 6.1. Behandlung der eingegangenen Anregungen aus der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
- 6.2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
7. Planungsbereich Wambolt'sches Schlöss
8. Haushaltskonsolidierung
- 8.3. Schulsozialfonds
- 8.7. Förderung von Jugendgruppen im Stadtjugendring
- 8.9. Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.04.2012 bzgl. Ausweisung von Baugebieten
- 8.9.1. Antrag Nr. 40 zum Haushalt 2012 (Ausweisung von Baugebieten in den Ortsteilen)
- 8.10. Antrag der FDP vom 13.03.2012 bzgl. Feuerwehrstruktur
- 8.11. Gemeinsamer Antrag von BVG und FDP vom 16.04.2012 bzgl. Gas- und Stromlieferverträgen
- 8.11.1. Antrag Nr. 26 zum Haushalt 2012 (Prüfung Lieferverträge Ökostrom Stadtwerke und Stadtverwaltung)
9. Budget UJAM
11. Aufhebung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und gleichzeitig Neuerlass
14. Nachwahlen in Verbände und städtische Gremien

- 14.1. ekom21 - KGRZ Hessen
- 14.2. Betriebskommission
- 14.3. Kindergartenbeirat Willy-Brandt-Anlage
15. Antrag von Bündnis 90 / die Grünen und FDP vom 18.02.2012 bzgl. Beauftragung einer Marktanalyse
16. Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.04.2012 bzgl. u3- bzw. Schulkindbetreuung in Klein-Umstadt
17. Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.04.2012 bzgl. Kostenvermerk bei Anträgen an die Stadtverordnetenversammlung
18. Antrag der FDP vom 13.03.2012 bzgl. Neuausrichtung "Bürgerhaushalt"
19. Anregungen und Mitteilungen

## **Teil B**

20. Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2011 "Aufbau eines Leerstandsmanagements für Wohn- und Gewerbeflächen in Groß-Umstadt"

Stadtverordnetenvorsteher Dörr eröffnet die 11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Er begrüßt die anwesenden Stadtverordneten, Herrn Bürgermeister Ruppert, die Mitglieder des Magistrates, Herrn dahrendorf vom Seniorenbeirat und die zahlreich erschienenen Zuschauer. Sein besonderer Gruß gilt der neu nachgerückten Stadtverordneten Frau Jutta Burghardt, die erstmals an einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilnimmt.

Gegen das Protokoll der 10. Sitzung vom 08.03.2012 liegen keine Einwendungen vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Herr Dörr mit, dass die Redezeit pro Stadtverordneten und pro Tagesordnungspunkt gemäß Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse 5 Minuten beträgt. Ebenso erinnert er daran, dass die Sitzung gemäß der Geschäftsordnung spätestens um 22:30 Uhr endet.

Es gibt folgende Änderungswünsche zur Tagesordnung:

Die Tagesordnungspunkte 5, 8.1, 8.3, 8.4, 8.5, 8.6, 8.9, 8.9.1, 8.10, 15 und 16 werden von der Tagesordnung genommen, da hier noch Beratungsbedarf in den einzelnen Fachausschüssen bestehen. Hierüber besteht Einvernehmen.

Herr Flöter (Bündnis 90 / die Grünen) beantragt, den TOP 8 komplett von der Tagesordnung zu nehmen und noch einmal im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten.

Hierüber lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**7 Jastimmen, 24 Neinstimmen, 2 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

## **Teil A**

### **Zu TOP 1      **Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers****

Herr Dörr teilt mit, dass die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.06.2012 mit einem Kurzreferat zum Thema „Kennzahlen, Indikatoren, Nachhaltigkeit“ eröffnet wird. Sollte die Tagesordnung der nächsten Sitzung wieder zahlreiche Punkte enthalten, wird in Erwägung gezogen, die Sitzung eine Stunde früher beginnen zu lassen.

### **Zu TOP 2      **Mitteilungen des Magistrates****

## Inhalt der Mitteilung

- Das Umstadt-Büro hat in den aktuell gemieteten Räumen einen akuten Wasserschaden und muss für ca. 2 Monate die Räumlichkeiten verlassen. Der Umzug erfolgt am Freitag, den 11.5. bis Montag, den 14.5. interimswise in die Säulenhalle. Während dieser Zeit ist das Umstadt-Büro geschlossen. Die KFZ-Zulassungsstelle ist hiervon nicht betroffen.
- Die Tarifsteigerungen für den öffentlichen Dienst sind politisch zu begrüßen. Die Stadt muss aber auch mit den finanziellen Mehrbelastungen umgehen. Es wurde eine Reserve eingeplant, allerdings nicht in der jetzt verhandelten Höhe. Für den Haushalt bedeutet dies eine Mehrbelastung von ca. 135.000,-- EUR.
- Mit dem Pächter des Stadthallenrestaurants soll in beiderseitigem Einvernehmen eine Vertragsbeendigung für 30.6.2012 vereinbart werden. Beide Seiten haben diesen Termin bestätigt. Allerdings gibt es noch einige Konditionen und Details zu klären. Pachtzahlungen sollen bis Ende des Jahres fortgeführt werden, sofern keine kurzfristigere Weiterverpachtung gelingt.
- Das Schwimmbad öffnet an Pfingsten und schließt zum 31.8.2012.
- Der zuständige Ausschuss hat sich auf ein Rahmenprogramm zum städtischen Kulturprogramm verständigt. Dabei wurde auch festgelegt, dass die Jazz-Parade und Klassik-Open-Air im jährlichen Wechsel stattfinden sollen. Beide Veranstaltungen sollen in bestehender Qualität beibehalten werden. Dies hat nicht nur Kostengründe sondern bietet auch Entlastung von Kapazitäten in der veranstaltungsreichen Zeit. Das Klassik-Open-Air 2012 – der Magistrat wird hier am Montag noch abschließend beraten – findet nicht statt.
- Am kommenden Montag berät der Kreistag einen Prüfantrag Erweiterungsmöglichkeiten für das Max-Planck-Gymnasium mit der Stadt zu besprechen. Auch wenn es hier bereits Überlegungen des Schulträgers gibt, ist die politische Unterstützung kein Fehler. Von Seiten der Schule ist ein Konzept für eine mögliche Nutzung des Wambolt'schen Schlosses zugegangen, die in die Diskussion einfließen wird.
- Für die Ernst-Reuter-Schule gibt es eine Informationsveranstaltung zur möglichen Einführung eines G9-Angebotes.
- Im Rahmen der beschlossenen u3-Erweiterung in Kleestadt hat der Fachbereich auch eine Alternative erarbeitet, die in der nächsten Sozialausschusssitzung vorgestellt wird. Zum neuen KiTa-Jahr soll das u3-Angebot erweitert werden.
- Zum Thema KiTa-Infrastruktur sind erste Zahlen und Fakten eingegangen. Die Entwürfe des DA-DI-Werks zur Option „Geiersberg“ stehen leider noch nicht zur Verfügung. Es wird daher gebeten von weiteren Nachfragen im Fachbereich abzusehen. Die Eltern haben sich in einem offenen Brief an den Sozialausschuss gewendet. Allerdings wurde im Sozialausschuss eine Beteiligungsmöglichkeit klar signalisiert.

- Die Stadtverordnetenversammlung hat in den Haushaltsberatungen den Ortsbeiratsantrag aus Wiebelsbach aufgegriffen, nach dem die Mauerrenovierung zugunsten einer Urnenwanderweiterung zurückgestellt werden soll auf 2015. Nach Prüfung durch das Fachamt ist dies technisch nicht darstellbar. Die Mauer muss saniert werden.
- Die Grafenstraße 11 (ehem. KiTa bzw. ehem. Rathaus Semd) ist verkauft.
- Die „wiederkehrende Straßenbeitragsgebühr“ soll voraussichtlich noch im Sommer im Landtag beschlossen werden. Muster-satzungen wird es entsprechend später geben. Leider sieht die aktuelle Fassung vor, dass es unterschiedliche Beiträge für jeden Stadtteil bzw. weitere abgrenzbare Bereiche geben soll. In der Anhörung des Innenausschusses wurden entsprechende Bedenken vorgebracht in der Hoffnung, dass die Gesetzesvorlage noch flexibler gestaltet wird.
- Der Presse war zu entnehmen, dass das Thema DSL – gebremst durch Formalien – dennoch vorankommt. Eine Machbarkeitsstudie ist im Werden. Dies ist kein „nice-to-have“ sondern Voraussetzung für entsprechende Zusagen des Landes. Die Gesellschaftsform, die immer wieder diskutiert wurde und auch von der Kommunalaufsicht mitgetragen wird, wird der Zweckverband sein. Zum Sommer sind hier bereits Satzungsentwürfe zu erwarten, damit die Kommunen nach der Sommerpause beschließen können.

Termine:

- Am 12. Mai feiert der MGV sein 170stes Vereinsjubiläum
- Die offizielle Eröffnung des Pfälzer Schlosses wird voraussichtlich am 30.6.2012 sein.

Bürgermeister Ruppert teilt weiterhin mit, dass folgende Mitteilungsvorlagen als Tischvorlagen ausgelegt wurden:

1. Verbesserung der Ferienbetreuung durch interkommunale Zusammenarbeit
2. Erweiterung und Ergänzung von Mini-Umstadt durch die Vereine
3. Stand der Anmeldungen in den städtischen Kitas

Außerdem wurden ein Austauschblatt zu TOP 11 und der aktuelle Haushalt 2012 ausgeteilt.

Das Thema „Open Government“ wird in der nächsten Sitzung des Ältestenrates besprochen.

Zur Kenntnis genommen.

## Zu TOP 6

**Satzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB (Außenbereichssatzung) "semmehof" im Stadtteil Umstadt**

**Zu TOP 6.1 Behandlung der eingegangenen Anregungen aus der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange**

**Beschluss:**

Es wird festgestellt, dass im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 i. V. mit § 3 Abs. 2 BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Für das weitere Aufstellungsverfahren wird daher davon ausgegangen, dass Belange der Öffentlichkeit nicht berührt wurden oder bereits angemessen berücksichtigt sind.

Die im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden entsprechend den Vorschlägen in der vorliegenden Auflistung zur Anlage I, welche Bestandteil dieser Beschlussfassung ist, behandelt.

Der Magistrat wird beauftragt, die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, welche Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe zu unterrichten.

**Abstimmungsergebnis:**

**33 Jastimmen**

**Zu TOP 6.2 Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB**

**Beschluss:**

Der Entwurf der Außenbereichssatzung „Semmehof“, bestehend aus Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und Begründung sowie der als Anlage beigefügten Vorprüfung zur FFH-Verträglichkeit, wird hiermit einschließlich der in dieser Sitzung beschlossenen Ergänzungen als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Grundlage dieses Beschlusses ist die vorgelegte Satzung mit Planstand April 2012, in die die nach Anlage I aufgeführten Änderungen eingearbeitet wurden.

**Abstimmungsergebnis:**

**33 Jastimmen**

**Zu TOP 7 Planungsbereich Wambolt'sches Schlöss**

**Beschluss:**

Zur Sicherung der Planung für das Gebiet „Altstadt, Zwischen Cur-

tigasse und Pfälzer Gasse“ wird nach § 17 Abs. 3 BauGB die nachfolgende Veränderungssperre erlassen:

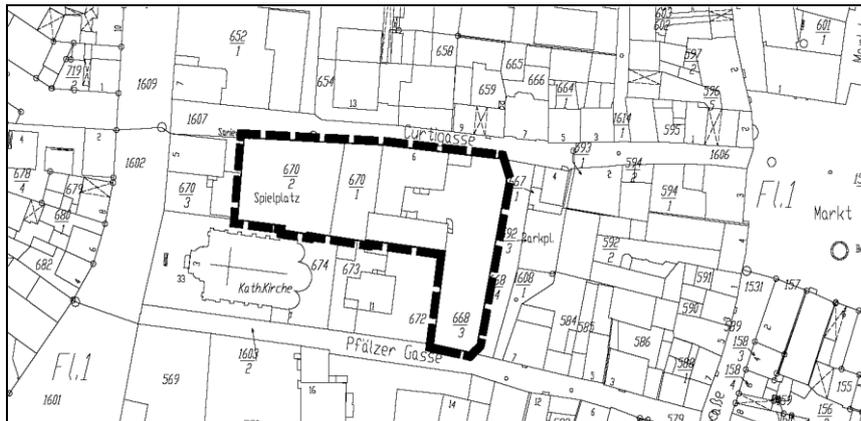
**Satzung**  
**über den Erlass einer Veränderungssperre**  
**für den Geltungsbereich des aufzustellenden Bebauungsplanes**  
**„Altstadt, Zwischen Curtigasse und Pfälzer Gasse“**  
**in der Gemarkung Groß-Umstadt**

---

**§ 1**  
**Räumlicher Geltungsbereich**

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst in der Gemarkung Groß-Umstadt, Flur 1, die Flurstücke Nr. 668/3 (Wambolt-sches Schloss), 670/1 und 670/2 zwischen Curtigasse und Pfälzer Gasse.

Die genaue Abgrenzung ist der nachfolgenden Übersichtskarte zu entnehmen:



**§ 2**  
**Inhalt der Veränderungssperre**

Im Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden;
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

**Hinweis**

Die Veränderungssperre tritt nach Ablauf von 2 Jahren außer Kraft. Die

Stadt kann die Frist um 1 Jahr verlängern. Sollten es besondere Umstände erfordern, kann die Stadt mit Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde die Frist bis zu einem weiteren Jahr nochmals verlängern. Rechtmäßig verhängte und rechtens fortbestehende Veränderungssperren sind grundsätzlich 4 Jahre lang entschädigungslos hinzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**33 Jastimmen**

**Zu TOP 8    Haushaltskonsolidierung**

**Zu TOP 8.3    Schulsozialfonds**

**Beschlussvorschlag:**

Die für den Schulsozialfonds im Haushalt 2012 unter der Kostenstelle 06.02.01.712809 eingestellten Mittel in Höhe von 9.000 € werden im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eingespart.

Die antragsberechtigten Groß-Umstädter Schulen sind entsprechend zu unterrichten.

zurückgestellt

**Zu TOP 8.7    Förderung von Jugendgruppen im Stadtjugendring**

**Beschluss:**

Die Förderung der dem Stadtjugendring angeschlossenen Jugendgruppen entfällt ab dem Haushaltsjahr 2012.  
Das in Höhe von 7.100 € im Budget 10 „Kinder und Jugend“ unter der Kostenstelle 06.02.01.712801 eingestellte Budget wird im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eingespart.

**Abstimmungsergebnis:**

**26 Jastimmen, 6 Neinstimmen, 1 Enthaltung**

**Zu TOP 8.9    Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.04.2012 bzgl. Aus-**

## **weisung von Baugebieten**

### **Beschlussvorschlag:**

Von der Ausweisung neuer Baugebiete wird Abstand genommen. Dies umfasst auch die bereits angedachten Gebiete „Unterhalb des Krankenhauses“ und „Abrundung Gustav-Hackersiedlung“.

zurückgestellt

### **Zu TOP** **8.9.1**

### **Antrag Nr. 40 zum Haushalt 2012 (Ausweisung von Baugebieten in den Ortsteilen)**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Bauausschuss wird aufgefordert bis spätestens 30.09.2012 eine Prioritätenliste zur Ausweisung von Baugebieten in den Ortsteilen vorzulegen.

zurückgestellt

### **Zu TOP** **8.10**

### **Antrag der FDP vom 13.03.2012 bzgl. Feuerwehrstruktur**

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Es wird eine interfraktionelle Arbeitsgruppe eingerichtet, die in Gesprächen mit den Verantwortlichen und Betroffenen der Feuerwehren die Realisierung einer neuen Feuerwehrstruktur für Groß-Umstadt mit seinen Ortsteilen auslotet. Die neue Struktur sollte Sicherheitsaspekte, ökonomische Effizienz, Motivation der ehrenamtlich Tätigen sowie Finanzierbarkeit der Investitionen berücksichtigen.
2. Dem Parlament ist bis zur Sommerpause ein schriftlicher Bericht zu erstatten
3. Die im Haushalt 2012 vorgesehenen Mittel (FB 3 . Budget 8/ S.21) werden auf den Haushalt 2013 verschoben.

zurückgestellt

**Zu TOP**  
**8.11**

**Gemeinsamer Antrag von BVG und FDP vom 16.04.2012 bzgl.  
Gas- und Stromlieferverträgen**

**Beschlussvorschlag:**

1. Alle Strom- und Gaslieferverträge der Stadt und der Stadtwerke werden zum 30.06.2012 gekündigt und neu ausgeschrieben.
2. Die Ausschreibungen werden durch ein externes Büro durchgeführt, das auch die Auswertung vornimmt und Vergabevorschläge erarbeitet.
3. Die derzeit bestehenden Strombezugs- und Konzessionsverträge werden der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

zurückgestellt

**Zu TOP**  
**8.11.1**

**Antrag Nr. 26 zum Haushalt 2012 (Prüfung Lieferverträge Ökostrom Stadtwerke und Stadtverwaltung)**

**Beschluss:**

Die bestehenden Lieferverträge für Ökostrom der Stadtwerke und Stadtverwaltung sind durch qualitativ vergleichbare Angebote zu überprüfen. Dazu sind entsprechende Vergleichsangebote für Ökostrom einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

**29 Jastimmen, 3 Neinstimmen, 1 Enthaltung**

**Zu TOP 9**

**Budget UJAM**

**Beschluss:**

Die für den Stadtjugendring im Haushalt 2012 unter der Produkt 06.02.01 „Kinder- und Jugendförderung“ veranschlagten Mittel in Höhe von 4.250 € werden auf UJAM übertragen, da sich der Stadtjugendring zum 31. Dezember 2011 aufgelöst hat.

**Abstimmungsergebnis:**

**33 Jastimmen**

**Zu TOP 11 Aufhebung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und gleichzeitig Neuerlass**

**Beschluss:**

Die Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Gleichzeitig tritt die Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren vom 08.10.2009 außer Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

**33 Jastimmen**

**Zu TOP 14 Nachwahlen in Verbände und städtische Gremien**

**Zu TOP  
14.1 ekom21 - KGRZ Hessen**

**Beschluss:**

Als Stellvertreter für die Verbandsversammlung ekom21 – KGRZ Hessen wird

Herr Karlheinz Müller

gewählt.

**Abstimmungsergebnis:**

**33 Jastimmen**

**Zu TOP  
14.2 Betriebskommission**

**Beschluss:**

Als Stellvertreter für Herrn Kreh wird

Herr André Leers

in die Betriebskommission gewählt.

**Abstimmungsergebnis:**

33 Jastimmen

**Zu TOP**  
**14.3**

**Kindergartenbeirat Willy-Brandt-Anlage**

**Beschluss:**

Als Stellvertreter für Frau Nahide Richter wird

Stefan Jost

in den Kindergartenbeirat Willy-Brandt-Anlage gewählt.

**Abstimmungsergebnis:**

33 Jastimmen

**Zu TOP 15** **Antrag von Bündnis 90 / die Grünen und FDP vom 18.02.2012  
bzgl. Beauftragung einer Marktanalyse**

**Beschlussvorschlag:**

Bevor die Beauftragung einer Marktanalyse erfolgt, ist ein Erschließungsträger zu finden, der sich vertraglich verpflichtet, die Kosten zu übernehmen.

zurückgestellt

**Zu TOP 16** **Antrag von Bündnis 90 / Die Grüne vom 17.04.2012 bzgl. u3- bzw.  
Schulkindbetreuung in Klein-Umstadt**

**Beschlussvorschlag:**

U3- BZW. SCHULKIND BETREUUNG IN KLEIN-UMSTADT

1. Der Magistrat wird beauftragt, das Gespräch mit dem ev. Kindergarten „Kinderinsel“ in Klein-Umstadt aufzunehmen, um das bereits bestehende Angebot um eine U3-Gruppe (Kinder im Alter von 12 bis 36 Monaten) zu erweitern.

2. Der Magistrat wird beauftragt, Gespräche mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg zu führen, um zu klären, ob die derzeit in Klein-Umstadt schon vor-

handene Schulkind-Betreuung in den Räumen der Wendelinus-Schule stattfinden kann.

3. Der Magistrat wird beauftragt, mit dem ev. Kindergarten „Kinderinsel“ Klein-Umstadt zu klären, ob die seinerseits bestehende Trägerschaft weiterhin übernommen wird.

zurückgestellt

**Zu TOP 17 Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.04.2012 bzgl. Kostenvermerk bei Anträgen an die Stadtverordnetenversammlung**

**Beschluss:**

Alle Vorlagen der Verwaltung für Stadtverordnetenversammlung und Ausschüsse werden mit Angaben über die voraussichtlichen Kosten im laufenden Jahr und über die Folgekosten der nächsten Jahre versehen.

Die Fraktionen werden aufgefordert, dies bei ihren Anträge ebenso zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

**33 Jastimmen**

**Zu TOP 18 Antrag der FDP vom 13.03.2012 bzgl. Neuausrichtung "Bürgerhaushalt"**

**Beschlussvorschlag:**

Vorschlag 1).

Die Stadt richtet ein Internetportal ein, das auch über die Homepage der Stadt zu erreichen ist. Die Bürgerinnen und Bürger können darauf die von der Verwaltung und von den Abgeordneten eingestellten Vorschläge zu freiwilligen Leistungen der Stadt und zu Haushaltsveränderungen bewerten und kommentieren sowie eigene Vorschläge einbringen. Die Vorschläge können auch per Post eingereicht und in Stadteiforen diskutiert und bewertet werden. Die von den Bürgern bewerteten Vorschläge werden in der Rangfolge ihrer Bewertung als Anträge formuliert und mit einer Stellungnahme der Verwaltung versehen an die Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung gegeben. Nach Abschluss der Haushaltsberatungen wird in einem Rechenschaftsbericht erläutert, welche Bürgervorschläge Berücksichtigung gefunden haben und welche aus welchen Gründen nicht.

Der Haushalt ist spätestens drei Monate vor seiner geplanten Verabschiedung einzubringen. Das Beteiligungsverfahren beginnt mit

der Einbringung des Haushaltes

#### Vorschlag 2)

Die Bürgerbeteiligung erfolgt im Vorjahr zum Haushalt des jeweils folgenden Jahres.

Den Bürgerinnen und Bürgern wird der geplante Haushalt nach Pflichtausgaben und freiwilligen Ausgaben bekannt gemacht. Sie können in einer zweimonatigen Phase die von Verwaltung und Abgeordneten vorgelegten Vorschläge für Investitionen und Einsparungen bewerten, und über Beteiligungskanälen einbringen – Post, Internet, Stadtteildialoge.

Alle Vorschläge werden in einer Prioritätenliste zusammengefasst. Alle Groß-Umstädter Haushalte werden aufgefordert, sich an der Abstimmung darüber zu beteiligen. Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet dann, welche Vorschläge in den Haushaltsplan aufgenommen werden. Prioritätenliste und Ergebnis werden als Rechenschaftsbericht gegenüber den Bürgern veröffentlicht.

Die Kosten werden in Höhe der bisher für den „Bürgerhaushalt“ eingestellten Kosten festgeschrieben. Neue Personalstellen werden nicht geschaffen, sondern bei Bedarf jeweils umgeschichtet.

Der Antrag wird vom Antragsteller mit dem Hinweis zurückgezogen, dass er einen Abänderungsantrag dazu stellen möchte.

### **Zu TOP 19 Anregungen und Mitteilungen**

Herr Zimmermann spricht die Verlegung von Stolpersteinen am Montag, den 14.05.2012 an. Da die Kosten der Verlegung von den Fraktionen über Spenden gedeckt wurden, lädt er alle Stadtverordneten dazu ein, an der Verlegung teilzunehmen.

Herr Scheuermann regt an, eine Webcam zu kaufen, damit die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung ins Internet übertragen werden können. Herr Dörr erklärt hierzu, dass der Einsatz der „Neuen Medien“ in der nächsten Ältestenratssitzung besprochen wird.

## **Teil B**

**Zu TOP 20 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2011 "Aufbau eines Leerstandsmanagements für Wohn- und Gewerbeflächen in Groß-Umstadt**

Karl Dörr  
Stadtverordnetenvorsteher

Doris Reichenberger  
Schriftführerin